

# Kulturelle Vielfalt: Diversität und Differenz

---

*Dorothea Kolland*

Um die Jahrtausendwende wurde im (kultur-)politischen Diskurs immer klarer, dass die Migrationsgesellschaft als politische Realität nicht mehr wegzudenken war, und es galt, sie als Einwanderungsgesellschaft nicht nur zu akzeptieren, sondern sie auch terminologisch zu bezeichnen und politisch zu gestalten. Gewalt und Terror gegen Migrant\*innen erforderten Handeln, auch der Kulturpolitik. Dies betraf staatliche und vor allem die kommunale Kulturpolitik – und selbstverständlich auch den Überbau, in diesem Fall die KuPoGe. Die von Beate Winkler ab Ende der 1980er Jahre gegebenen Impulse (»Der blinde Fleck der Kulturpolitik«) (vgl. Winkler 1994) waren innerhalb der KuPoGe ein wichtiger Anfang, den sie dann in ihrem Beitrag »Ein blinder Fleck. Anmerkungen zur Kulturpolitik in einer multikulturellen Gesellschaft« auf dem Kongress der KuPoGe 1993 in Dortmund »Blick zurück nach vorn« fortsetzte (vgl. ebd.). Im Jahr 1998 wurde das Thema »Multikulturelle Gesellschaft und interkultureller Dialog« dann im neuen Grundsatzprogramm der KuPoGe erstmals verankert.

Ende der 1990er Jahre wurden weltweit andere, neue und zwingende Rahmenbedingungen geschaffen. Damit war das Handeln, nicht nur das Denken auch für den Kultursektor herausgefordert. Von zentraler Bedeutung war die UNESCO-Erklärung »Allgemeine Erklärung zur kulturellen Vielfalt« (UNESCO 2001), im Original »diversity«, was mit »Vielfalt« nur unzureichend übersetzt ist, sondern »Vielfalt und Verschiedenheit« heißen müsste. Sie wurde 2001 beschlossen. Ein wenig schneller war die EU gewesen mit ihrer Charta der Grundrechte, wo es ausdrücklich hieß: »Die Union trägt zur Erhaltung und zur Entwicklung dieser gemeinsamen Werte unter Achtung der Vielfalt der Kulturen und Traditionen der Völker Europas sowie der nationalen Identität der Mitgliedstaaten und der Organisation ihrer staatlichen Gewalt auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene bei« (Europäische Union 2000).

## **Der politische und gesellschaftliche Hintergrund der Interkultur- und Diversitätsdebatte**

Auch in Deutschland bewegte sich auf staatlicher Ebene etwas: 2000 wurde ein neues Staatsbürgerschaftsrecht verabschiedet, ab 2002 konnten aus »Gastarbeitern« »Einwan-

derer« werden. Schließlich wurde 2010 sogar ein erstes Integrationsprogramm (unter anderem Sprachkurse) beschlossen. Die Migrant\*innen selbst forderten ihre Rechte als Deutsche ein: Sie demonstrierten in Berlin mit Plakaten, auf denen stand: »Wir sind auch das Volk«, Leipziger Parolen der Wendezeit zitierend.

Die politischen Entwicklungen einerseits, die Lebensrealität in den Städten der BRD – durch den Fall der Mauer war sowieso vieles ins Rutschen gekommen – andererseits erforderten neues interkulturelles Gemeinwesendenken und die Ermöglichung von Partizipation. Der Deutsche Städtetag hatte sich bereits 1993 mit der neuen Stadtgesellschaft auseinandergesetzt und verfolgte das Thema, bestand diese doch bis zu 30 Prozent aus Migrant\*innen (vgl. Deutscher Städtetag 2003). Die Kirchen begannen, über interkulturelle Aspekte des religiösen Lebens nachzudenken. Es wurde offensichtlich: Die Migrant\*innen waren in ihrer Bedeutung als Bürger\*innen nicht ernst genug genommen und ihre Rolle im notwendigen Transformationsprozess Deutschlands zunächst nicht hinreichend gewertet worden (vgl. Thierse 2016), wie erst viel später konstatiert wurde. An den Folgen laboriert die Bundesrepublik noch heute, siehe die Wahlergebnisse der AfD. Die Gesellschaft wiederum wurde erschüttert durch die rassistischen Übergriffe von Mölln, Hoyerswerda, Rostock und Solingen. Global setzte 9/11 die westliche Welt in einen Schockzustand.

Die Diskussionsprozesse in und mit der KuPoGe bezogen sich auf ihr gesellschaftspolitisches Selbstverständnis, und das beinhaltete die Themen Migration und Integration zunächst nur am Rande. Jahrelang waren die inhaltlichen Schwerpunkte anders gesetzt.<sup>1</sup> Auffällig ist, dass all die Diskurse – auch über die KuPoGe hinaus – um diese wichtigen Themen meist ohne die Beteiligung von Diskutant\*innen nicht-deutscher Herkunft stattfanden, es sei denn, sie waren Expats an deutschen Wissenschaftseinrichtungen wie dem Essener Zentrum für Türkeistudien. Natürlich gab es einzelne Wissenschaftler\*innen mit Migrationshintergrund, die sich aber auf ihre Fachdisziplin beschränkten.

Nach und nach meldeten sich dann aber auch Migrant\*innen zu Wort – meist aus der zweiten, manchmal auch schon dritten Generation der Migration. Oft waren sie in Deutschland ausgebildet und tätig, darunter viele Frauen (vgl. Cil 2007). Es waren nicht nur die Wissenschaftler\*innen. Auch Journalist\*innen ergriffen das Wort, so wie sich auch Künstler\*innen mit ihren Positionen bemerkbar machten, die von der allgemein akzeptierten Hochkultursprache abwichen. Auch im Alltagsleben waren die Veränderungen erkennbar. Es gab immer mehr migrantisch geprägte Bürger\*innen, die das Wort ergriffen und nicht auf die Gastarbeiterrolle reduziert werden wollten. Sichtbar wurden sie zum Beispiel als Vertrauensleute in der Gewerkschaft (insbesondere in der IG Metall) – als streitbare und selbstbewusste Kollegen waren sie, Frauen wie Männer, anerkannt, anders als in der Politik: Nur mit Pass gab es das Wahlrecht. Und den gab es nicht so einfach.

1 Siehe dazu den Beitrag von Norbert Sievers in Kapitel V.

## Die Kulturpolitische Gesellschaft und ihr interkultureller Dialog

Es wurde klar: Die KuPoGe musste reagieren, zumal zu ihren Mitgliedern immer mehr Menschen zählten, die im kommunalen Kontext arbeiteten und die hautnah mit Migrant\*innen zu tun hatten – oder auch nicht, weil sie diese gar nicht erreichen konnten. Eines dieser Mitglieder von ihnen war ich, Kulturamtsleiterin in Berlin-Neukölln, bundesweit bekannte Triggerlocation für alle Integrationsgegner. Ich traf – 2000 in den Vorstand gewählt – auf Kolleg\*innen, die mein Anliegen, Multikulturalität im kulturellen Leben Deutschlands in ihrer Bedeutung anzuerkennen und eine angemessene Praxis zu entwickeln, sofort unterstützten. An erster Stelle wäre Bernd Wagner zu nennen, der aus der bunten Szene der Frankfurter Lokalpolitik kam und einer der führenden Köpfe der KuPoGe geworden war. Vielleicht überschätzten wir uns – aber durch unsere Diskussionen und Beiträge in den »Kulturpolitischen Mitteilungen« brachten wir Leben und Anregungen in die integrationspolitische Diskussion und ließen uns von Skeptikern und Gegnern wie dem ehemaligen Bürgermeister von Berlin-Neukölln, Heinz Buschkowsky, und dem damaligen Berliner Finanzsenator Thilo Sarrazin nicht den Mund verbieten. Was uns fehlte: wortmächtige Vertreter\*innen mit migrantischem Hintergrund im Vorstand, also das – später so genannte – »intercultural mainstreaming«. Diese Lücke war auch durch viele Gespräche und Zusammenarbeit in der interkulturellen Praxis kaum zu schließen.

Die Diskussionen über die Bedeutung von Integration und ihr Gelingen blieben nicht innerhalb des Vorstands: Ein breites Forum sollte entstehen, das möglichst viele Fragende und Diskutierende in Stadt und Land erreicht. Wie auch in anderen Politikbereichen praktiziert, nutzten wir die Instrumente, die der KuPoGe zur Verfügung standen: Tagungen, Kongresse, Publikationen und Netzwerke. Nachdem sich der erste Bundeskongress mit dem Verhältnis zwischen Kunst und Politik befasst hatte – ein Desiderat von Dringlichkeit –, ließ sich der zweite Kulturpolitische Bundeskongress im Jahr 2003 auf das Thema »inter.kultur.politik. Kulturpolitik in der multiethnischen Gesellschaft« ein. Dies war ein Signal dafür, welche hohe Bedeutung dem Thema in der KuPoGe jetzt beigemessen wurde.

Zunächst fand das 46. Kulturpolitische Kolloquium in der Evangelischen Akademie Loccum im Jahr 2002 zum Thema: »Die eine und die andere Kultur« statt, unter anderem mit dem streitbaren Frankfurter Kulturpolitiker Micha Brumlik. In der Ankündigung hieß es:

»Die Tagung widmet sich der Frage, wie kulturpolitische Konzeptionen im Hinblick auf wachsende Zuwanderung reagieren sollen. Hierbei gilt besondere Aufmerksamkeit den unterschiedlichen Formen von Kulturarbeit, die sich einerseits um eine gemeinsame Kultur bemühen und andererseits das Recht auf Verschiedenheit vertreten.«<sup>2</sup>

2 Aus dem Programm des Loccumer Kulturpolitischen Kolloquiums »Die eine und die andere Kultur. Interkulturalität als Programm« im Februar 2002.

Damit war die kulturpolitische Aufgabenstellung für das nächste Jahrzehnt beschrieben, an der sich alle abarbeiten sollten.

Vor allem geschah dies mit dem zweiten Kulturpolitischen Bundeskongress »inter.kultur.politik. Kulturpolitik in einer multiethnischen Gesellschaft« im Jahr 2003. Damit setzte die KuPoGe das Thema Interkultur ganz oben auf die Diskurs-Agenda und forderte zu Stellungnahmen heraus, was etwa die Staatsministerin für Kultur, Christina Weiss, die den Kongress eröffnete, veranlasste, auf die Nicht-Abgeschlossenheit der Integration hinzuweisen und weitere Bemühungen einzufordern (vgl. Weiss 2004). So wichtig der Kongress war: Ein Durchbruch für die Interkultur war er noch nicht. Zwar war das Interesse groß, aber die meisten Interessierten kamen aus dem Off- und Soziokulturbereich; die etablierten Kulturinstitutionen fehlten (vgl. Kolland et al. 2004). Dennoch war der Kongress für die deutsche Kulturpolitik ein wichtiges Signal, das durch die immer noch lesenswerte Kongresserklärung »Die Zukunft der Kulturpolitik ist interkulturell« unterstrichen wurde. Bemerkenswert und als programmatisches Zeichen gedacht war auch die Vergabe des Kulturpreises der Kulturpolitischen Gesellschaft 2003 an die »Werkstatt der Kulturen« in Berlin.

In die Vollen des Themas griff die Leitpublikation der KuPoGe, das »Jahrbuch für Kulturpolitik 2002/2003 – Thema Interkultur«. Ausgehend von einem Maßstäbe und Themen setzenden Artikel von Bernd Wagner und Thomas Rübke, der auch den Globalisierungsdiskurs einbezog, kamen viele Akteure zur Sprache, die sich in Stadt, Land, Verbänden, Initiativen und Kunstprojekten um Interkultur bemühten. Nach diesem zeichnensetzenden Jahrbuch war es eine Selbstverständlichkeit, dass bei allen zukünftigen KuPoGe-Aktivitäten der nächsten Jahre der Aspekt der Interkulturalität seinen Platz haben musste. In keinem der nachfolgenden Kongresse und Jahrbücher fehlte der Aspekt der Diversität und der Migrationsgesellschaft, sei dies beim grundsätzlichen Nachdenken über Neue Kulturpolitik im Jahrbuch für Kulturpolitik 2006 oder im Jahrbuch für Kulturpolitik über Geschichte und Erinnerungspolitik, sei dies im Kontext mit dem Thema Transformation der deutschen Kulturlandschaft im Jahrbuch 2015/16 oder – zunehmend raum- und aufmerksamkeitsgreifend – in der interkulturellen Bildung, die im Jahrbuch 2017/18 zur Sprache kam.

## Der bundesweite Ratschlag Interkultur

Die KuPoGe war auf vielen Ebenen an den interkulturellen Diskursen und deren Entwicklung beteiligt, durch ihre Orientierungstexte und über ihre Netzwerke. Neben den zweijährlichen Bundeskongressen der KuPoGe entwickelte sich ab 2006 der Bundesfachkongress des »Bundesweiten Ratschlags Interkultur«. Er war kein Organ der KuPoGe, aber ein für beide Seiten entscheidender Bündnispartner. Aus einer Fülle von Tagungskontakten der Akademien in Villigst und Iserlohn in den 1990er Jahren und im Nachgang zum Kulturpolitischen Bundeskongress 2003 entstand ein neues Netzwerk, zu dem sich die Deutsche UNESCO-Kommission, die Kulturpolitische Gesellschaft e.V., die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt und die Evangelische Akademie Villigst (vormals Iserlohn) zusammenschlossen. Im Jahr 2004 traf sich am Sitz der Kulturpolitischen Gesell-

schaft in Bonn erstmals der Initiativkreis »Bundesweiter Ratschlag Kulturelle Vielfalt«<sup>3</sup>. Er erweiterte sich durch Vertreter\*innen von Kommunen und Stadtstaaten.<sup>4</sup> Der Ratschlag tagte regelmäßig, verfolgte die aktuellen Diskurse, sondierte die relevanten Themen, bereitete sie für die nächsten Bundesfachkongresse auf und wertete sie für die weitere Arbeit aus. Mitglieder und Mitarbeiter\*innen der KuPoGe waren maßgeblich an der Entwicklung des Ratschlags beteiligt.

Die Bundesfachkongresse des Ratschlags und seine Regionalforen, die verteilt in ganz Deutschland stattfinden, bearbeiteten seit 2006 (1. Kongress in Stuttgart) die kulturpolitischen und – daraus folgend – die strategischen Folgerungen aktueller Migrations- und Integrationspolitik en détail, in Bochum, Nürnberg, Hamburg, Mannheim, Braunschweig und Potsdam. Initiativen, Gruppierungen und Kulturinstitutionen aus den jeweiligen Bundesländern waren aktiv an der Gestaltung beteiligt. Die größte Herausforderung, die für die kulturpolitische Debatte und interkulturelle Praxis zu bewältigen war, lag in der des »intercultural mainstreaming«, der interkulturellen Öffnung der Kulturarbeit, der Kunstproduktion und der sie verantwortenden Institutionen: Diversity im Programm, im Publikum und – vor allem – bei den Akteuren, also dem Personal, die drei Ps eben.

## Neue Fragen, neue Begriffe, neue Herausforderungen

Vor allem in den 2010er Jahren entfaltete sich in und neben der KuPoGe eine heftige Auseinandersetzung um Bezeichnungen und Begriffe, die nicht nur die Oberfläche der Debatte erfasste, sondern die ganze Diskussion zu sprengen drohte. Waren es nur begriffliche Differenzen oder lag eine ganze Weltanschauung dazwischen? Neue Termini und Label wie »Transkulturalität« (Welsch 1992) oder »Kollaboration« (Terkessidis 2015) kamen auf. Es wurde auf einmal diskutiert, wer überhaupt das Recht hat, über Assimilation, Integration und Diversität zu sprechen. Waren es nur die »PoC« (People of Colour), die selbst von Rassismus gefolgte Migration erfahren haben? Profitieren sie – und wir alle? – nicht von Globalisierung und Kosmopolitisierung? Wo findet Kulturtransfer statt, wo »othering«, wo Reethnisierung? Wo fängt die Postmigration an? Hat sie immer einen Anspruch der »Decolonization«? Und hat sie immer Recht?

Bei aller Meinungsvielfalt war klar geworden, dass es hier um hegemoniale Auseinandersetzungen ging und dass mit großer Sensibilität an das Thema heranzugehen war – je mehr Menschen unterschiedlicher Herkunft und Überzeugung mitsprechen würden, desto mehr. *Kultursensibilität* wurde ein zentrales Stichwort, das neue Verhaltensweisen vorgab. Hand in Hand mit der UNO-Deklaration zur »kulturellen Vielfalt« entwickelte sich das Verständnis von Diversität als *Vielfalt* und *Verschiedenheit* – nicht nur als Denk-, sondern auch als Leitmodell für praktisches Handeln und Kulturpolitik (vgl. Kolland 2006). War es entscheidend, dass – nach einem Prozess der Assimilation – Menschen unterschiedlichster Herkunft friedlich miteinander kommunizieren und agieren,

3 <https://www.kupoge.de/bundesweiter-ratschlag-kulturelle-vielfalt/> (letzter Zugriff 20.11.2024)

4 <https://www.forum-der-kulturen.de/angebote/bundesweiter-ratschlag-kulturelle-vielfalt> (letzter Zugriff 20.11.2024)

wobei sie die Verschiedenheit – und spezifische Qualitäten – womöglich hintanstellten? Oder dient es einer friedlichen und bunten Zukunft der Welt, die Differenzen zwischen den verschiedenen Herkünften und Kulturen zu formulieren, um in Kommunikation miteinander zu agieren, aber sich auch unterschiedlich zu positionieren? Dieser scheinbar künstliche Konflikt bestimmte die Politik der interkulturellen Vielfalt zumindest in den Kommunen. War es wichtig, für die verschiedenen ethnischen Communitys Organisations- und Sprachformen zu finden – wie dies zum Beispiel in Stuttgart im »Forum der Kulturen« praktiziert wurde – und so ihren besonderen Beitrag zu interkultureller Vielfalt deutlich zu machen? Oder ging es darum, die gemeinsamen Interessen der Migrant\*innen, die ja mindestens so gewichtig im Feld der sozialen und demokratischen Teilhabe lagen, zu stärken – nach dem Stadtmotto von Toronto »Diversity our strength«?

Die Beantwortung dieser Frage stand in der zweiten Jahrhundertdekade auf der Tagesordnung und steht dort noch immer. Von tagespolitischer Aktualität und Dringlichkeit wurde die Herausforderung des interkulturellen Zusammenlebens 2014/15, als viele Flüchtlinge nach Deutschland kamen. Die Grenzen der Aufnahmemöglichkeiten schienen erreicht. Die Losung von Bundeskanzlerin Angela Merkel »Wir schaffen das« wurde die Leitlinie in Kommunen und Bundesländern, und die Kultur spielte dabei eine große Rolle, die Tragfähigkeit von Diversität zu erproben: Die Bereitschaft zur »Willkommenskultur« erwies sich als belastbar, und die KuPoGe hatte zumindest im kulturpolitischen Diskurs einen Anteil daran. Doch Cultural Diversity, die postmigrantische, ja postkoloniale Kultur sichtbar macht, wird auch in Zukunft noch eine Herausforderung für die interkulturelle Politik sein, der sich auch die Kulturpolitische Gesellschaft stellen muss. Die Debatte ist noch nicht vorbei. Im Gegenteil: Sie beginnt erst richtig.

## Literatur

- Cil, Nevil (2007): *Topografie des Außenseiters*, Interview: <https://taz.de/!677266/> (letzter Zugriff: 20.11.2024)
- Deutscher Städtetag (2003): *Kulturpolitik in der Stadt der Zukunft*, Köln
- Europäische Union (2000): *Charta der Grundrechte der Europäischen Union*, [https://www.europarl.europa.eu/charter/pdf/text\\_de.pdf](https://www.europarl.europa.eu/charter/pdf/text_de.pdf)
- Kolland, Dorothea (2016): »Wir sind auch das Volk! Transformationsprozesse in einer Migrationsgesellschaft«, in: Institut für Kulturpolitik der KuPoGe (Hg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2015/2016*, Thema: Transformatorische Kulturpolitik, Bielefeld: transcript, S. 399–407
- Kolland, Dorothea (2006): »Kulturelle Vielfalt: Diversität und Differenz«, in: Institut für Kulturpolitik der KuPoGe (Hg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2006*, Thema: Diskurs Kulturpolitik, Bonn/Essen: Institut für Kulturpolitik der KuPoGe/Klartext Verlag, S. 139–149
- Kolland, Dorothea; Andreas Freudenberg; Norbert Sievers (2004): »Einleitung«, in: Kulturpolitische Gesellschaft (Hg.): *inter.kultur.politik – Kulturpolitik in der multiethnischen Gesellschaft*, Bonn/Essen: KuPoGe/Klartext Verlag (Edition Umbruch 18), S. 11–15
- Terkessidis, Mark (2015): *Kollaboration*, Berlin: Suhrkamp

- Thierse, Wolfgang (2016): »Hat die kulturelle Substanz ›keinen Schaden‹ genommen?«, in: Institut für Kulturpolitik der KuPoGe (Hg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2015/2016*, Thema: Transformatorische Kulturpolitik, Bielefeld: transcript, S. 53–63
- Weiss, Christina (2004): »Für ein gleichberechtigtes Miteinander der Kulturen«, in: Kulturpolitische Gesellschaft (Hg.) (2004): *inter.kultur.politik – Kulturpolitik in der multiethnischen Gesellschaft*, Bonn/Essen: KuPoGe/Klartext Verlag (Edition Umbruch 18), S. 15–17
- Welsch, Wolfgang (1992): »Lebensformen nach der Auflösung der Kulturen«, in: *Information Philosophie* Heft 2/1992
- Winkler, Beate (1994): »Ein blinder Fleck. Anmerkungen zur Kulturpolitik in einer multi-kulturellen Gesellschaft«, in: Norbert Sievers; Bernd Wagner (Hg.): *Blick zurück nach vorn. 20 Jahre Neue Kulturpolitik*, Hagen/Essen: KuPoGe/Klartext Verlag (Edition Umbruch 5), S. 155–159
- UNESCO-Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur (2001): »Allgemeine Erklärung zur kulturellen Vielfalt«, [https://www.unesco.de/sites/default/files/2018-03/2001\\_Allgemeine\\_Erkl%C3%A4rung\\_zur\\_kulturellen\\_Vielfalt.pdf](https://www.unesco.de/sites/default/files/2018-03/2001_Allgemeine_Erkl%C3%A4rung_zur_kulturellen_Vielfalt.pdf) (letzter Zugriff: 20.11.2024)